



Protokoll

Kantonaler Parteitag vom 21. Oktober 2020 im Schulhaus Pisoni in Zuchwil, 20.00-22.40 Uhr

Stimmberechtigte im Saal: 65, gemäss Mandatskontrolle (siehe Anhang)
Absolutes Mehr: 33
Gäste: 11

Entschuldigt:

Geschäftsleitung: Max Schmid, Daniela Gerspacher

Kantonsratsfraktion: Matthias Anderegg, Markus Baumann, Hardy Jäggi, Anna Rüefli, Nicole Wyss

Rechnungsprüfungskommission:

Beschwerde- und Schiedskomm:

Sektionen: Andreas Bühlmann, Monika Hug-Portmann (SP Biberist); Angela Kummer (SP Grenchen); Marlies Oegerli (SP Kappel); Pierric Gärtner (SP Stadt Solothurn); Bea Widmer, Karl Tanner (SP Trimbach)



Geschäftsliste

1. **Eröffnung des ordentlichen Parteitages**
2. **Bestellung des Wahlbüros/Stimmenzähler/innen**
3. **Genehmigung der Geschäftsliste**
4. **Genehmigung Parteitag-Protokoll vom 19. August in Oensingen**
5. **Kantonale Vorlage für die Abstimmung vom 29. November 2020**
 1. «Änderung Gesetz über die Kantonspolizei»
Zur Vorlage: **Susanne Schaffner**, Regierungsrätin
Pro: **Nadine Vögeli**, Kantonsrätin SP
Kontra: **Simon Gomm**, Kantonsrat junge SP
Moderation: **Balz Bruder**, Chefredaktor az Solothurner Zeitung
Diskussion und Parolenfassung
6. **Nationale Vorlagen für die Abstimmung vom 29. November 2020**
 1. Volksinitiative vom 10. Oktober 2016 «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Menschen und Umwelt» (Konzernverantwortungsinitiative KVI).
Pro: **Daniel Hitzig**, Kommunikationsberater der KVI, Er war früher Redaktor, Produzent und Moderator bei Radio und Fernsehen SRF, IKRK-Delegierter in Gaza und Bagdad
Diskussion und Parolenfassung
 2. Volksinitiative vom 21. Juni 2018 «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» (Kriegsgeschäfte-Initiative)
Pro: **Franziska Roth**, Nationalrätin SP
Diskussion und Parolenfassung
7. **Kantons- und Regierungsratswahlen vom 7. März 2021**
 - ▶ Referat von **Franziska Roth** zu den kantonalen Wahlen 2021
 - ▶ Vorstellung Campaigner: **Fabian Müller** und **Niels Kruse**
 - ▶ Referat von **Susanne Schaffner**, Regierungsrätin
 - ▶ Nomination für die Regierungsratswahlen 2021
8. **Varia**

1. Eröffnung des ordentlichen Parteitages

- ▶ Grusswort von der Sektion Zuchwil
- ▶ Eröffnungsrede der Parteipräsidentin

Franziska Roth begrüsst die zahlreich erschienenen Delegierten, Ständerat Roberto Zanetti, Regierungsrätin Susanne Schaffner, die Referent*innen Daniel Hitzig, Nadine Vögeli, Simon Gomm und den Moderator Balz Bruder. Für den heutigen Parteitag gab es viele Entschuldigungen, aber ich bin ehrlich positiv überrascht, dass trotzdem so viele dabei sein können. Was man aber erwähnen muss, ist einen grossen Dank an die SP Zuchwil. Dank grossem Aufwand mit Schutzkonzepten, dürfen wir diesen Parteitag durchführen. Darum bitte ich euch die Maske durchgehend zu tragen. Heute haben wir viele wichtige Entscheidungen zu treffen und Parolen zu fassen, deswegen übergebe ich das Wort jetzt für den Sektionsgruss an Gilbert Ambühl.

Gilbert Ambühl, Co-Präsident der SP Zuchwil



Liebe Sozialdemokrat/Innen, ich freue mich sehr, euch hier nach 4 Jahren in Zuchwil wiederzusehen. Die Sektion Zuchwil feiert dieses Jahr ein besonderes Jubiläum. Seit 1970, also seit 50 Jahren haben wir, die SP, ununterbrochen das Gemeindepräsidium in Zuchwil. In dieser Zeit waren es 4 Persönlichkeiten. Rudolf Ruch, Ulrich Bucher, Ich (Gilbert Ambühl) und jetzt Stefan Hug, der heute sogar anwesend ist. Das Gemeindepräsidium ist wichtig. Wir haben dank dem Gemeindepräsidium die Entwicklung von dieser Gemeinde stark mitprägen können. Im Fach Bildung, haben wir uns sehr eingesetzt um alle Kinder, die stärkeren und die schwächeren fördern zu können. Wir haben eines von den Wegweisenden angeboten hier in Zuchwil für Schulexterne Betreuung. Zum Beispiel das Kijuzu, das Kind und Jugend Zentrum Zuchwil. Es ist bekannt in der ganzen Schweiz. Wir haben Angebote von Kinderkrippen, Tagesstätte, Spielgruppen, Sprachlernen im Vorschulalter, Mittagstisch, Jugendarbeiten, Eltern Beratung und eine

Gemeindebibliothek. All diese Dinge finden unter einem Dach statt und vor allem ist dies nicht separat, sondern koordiniert. Aus diesem Grund haben wir mit diesen Angeboten viel Erfolg. Etwas anderes was wir stark mitprägten ist, das in Solothurn bekannte Sportzentrum Zuchwil mit vielen tollen Angeboten. Auch für die älteren Menschen haben wir tolle Angebote wie zum Beispiel unsere Spitex rund um die Uhr, was noch nicht überall selbstverständlich ist. Zuchwil ist seit 2004 "Energjestadt". Seit 2016 sind wir die erste Gemeinde und bisher auch die einzige im Kanton Solothurn, die das Energjestadt Label "Gold" erreicht hat. In den letzten 50 Jahren konnten wir zahlreiche Firmen ansiedeln. So zB. die Synthes und Schaerer Kaffeemaschinen, die heute in der ganzen Welt verkauft werden. Dies sind wenige Beispiele, die unter sozialdemokratischer Führung in Zuchwil passiert sind. Das Gemeindepräsidium ist eine Schlüsselposition. Wir werden deshalb unsere Kräfte stark darauf fokussieren, das Amt im nächsten Jahr zu verteidigen. Stefan Hug tritt aus Altersgründen zurück, aber wir haben eine vielversprechende Kandidatur. Eine sehr gute mit besten Chancen. Anfangs November werden wir die Nomination durchführen. Dann wird auch bekannt sein, um welche person es sich handelt. Für die Gemeinderatsliste streben wir eine 11-er Liste an. 9 Zusagen aus allen Generationen haben wir bereits. Wir sind zuversichtlich, dass wir erfolgreich sein werden. Ein herzliches Dankeschön an die Helfer und Helferinnen von der SP-Zuchwil unter der Leitung von Bea Schibler. (Applaus)

Franziska Roth

Parteipräsidentin der sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn

Liebe Genossinnen und Genossen

Mister X

es ist so weit. Die Forscher von CERN haben angekündigt, innerhalb weniger Tage Kontakt mit einem Paralleluniversum aufzunehmen.

Der Zeitpunkt für das jetzt angekündigte Experiment ist vor dem Hintergrund der Ereignisse auf diesem Planeten nach meiner Einschätzung nicht zufällig gewählt. Jeder, der von den jüngsten Einschränkungen weiß und mitbekommen hat, was sich aktuell auf der anderen Seite des Atlantiks abspielt, kann sich leicht vorstellen, was hier eigentlich versucht wird. Ganz offenbar soll verhindert werden, was mit der naturgemäßen Entwicklung der Menschheit jetzt ansteht.

Madame Y

Wer diese Anordnung des Maskentragens dennoch unterstützt, macht sich meines Erachtens der schweren Körperverletzung schuldig.

"Wer vorsätzlich wie sie im Parlament eine andere schwere Schädigung des Körpers oder der körperlichen oder geistigen Gesundheit eines Menschen verursacht, sollte mit Freiheitsstrafe bis zu zehn Jahren oder Geldstrafe nicht unter 180 Tagessätzen bestraft (Strafrecht Universität Zürich, Prof. Dr. jur. Marc Thommen).

Frau XY

Lockdowns aber subito.

Herr ZY

Ihr nehmt die Verantwortung zu wenig wahr, schliesst die Grenzen.

Liebe Genossinnen und Genossen,
das nur ein Ausschnitt aus täglich ganz ganz vielen Mails an uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier.

Ich habe viel Verständnis für die weitverbreitete «Corona-Müdigkeit». Als Politikerin nehme ich auch die die Menschen ernst. Persönlich an mich gerichtete Mails und SMS beantworte ich gerne, auch wenn ich diametral anderer Meinung über Covid bin und mich mit aller Deutlichkeit von der Idee, die Pandemie sei eine Lüge distanzieren.

Das gehört zu meinem Verständnis vom Amt einer Politikerin. Übrigens das macht auch unser Präsidium und insbesondere Mattea Meyer seit Monaten hervorragend, sie stellt sich den Kritischen Fragen im Netz und per Mail mit Bravour.

Und wir lernen auch aus den Diskussionen mit den Menschen. Wir lernen wieder zuzuhören und uns gegenseitig zu erklären. Und ich persönlich verlerne so das Position beziehen nicht. Ich trainiere täglich das Beibehalten meines roten Standpunkts.

Liebe Genossinnen und Genossen



Mit ständigem Dazulernen suchen wir den Weg durch die Pandemie, der irgendwo zwischen jenen, die behaupten das Virus existiere nicht und jenen, die am liebsten alles sofort schliessen würden liegt.

Meine Erkenntnis der letzten Monate: die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz für Massnahmen wie Verbote, Einschränkungen, App oder Tracing steht und fällt damit, ob es parallel dazu wirtschaftliche Massnahmen wie Entschädigung, Mieterlass, a-fonds-perdu Beiträge etc. gibt.

Wenn ich dann das hier in der SZ lese, werde ich sauer:

«Durch die Krise ist mit den so genannten Working Poor eine neue Kategorie von Leuten zur Lebensmittelabgabe gekommen», sagt Cornelia Sommer, Sozialarbeiterin

beim Katholischen Sozialdienst Olten. «Das sind Familien, die sich mit Einkommen um 3500 Franken knapp über Wasser hielten und durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit in Not gerieten.» Diese Personen reihen sich nun mit Bezüglern von Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen und IV wöchentlich vor den Abgabestellen für Nahrungsmittel auf – sofern es ihnen gelingt, einen Bezugsschein für die begehrte Dienstleistung zu ergattern.

Genau das wollten wir mit unserer Petition im Mai 20 verhindern. Der Regierungsrat des Kantons Solothurn wurde aufgefordert, den betroffenen Arbeitnehmenden unkomplizierte Soforthilfe für ein existenzsicherndes Einkommen zur Verfügung zu stellen, so wie er dies bei den Selbstständigerwerbenden getan hat.

Die Regierung teilte uns aber mit, dass man auf eine solche Unterstützung verzichte, da aus ihrer Sicht dafür die sehr gut auf- und ausgebaute Sozialhilfe zuständig sei. Man wolle deshalb kein Parallelsystem zur Sozialhilfe aufbauen.

Das liebe Genossinnen und Genossen, das müsst ihr unter die Leute bringen. Wir brauchen euren Druck auf diejenigen die gegen unsere Lösungen für Arbeitnehmende und Arbeitgebende in KMU, Kultur- Gastro und Reisebranche im Parlament stimmen weil sie Geld kosten, um dann lauthals verkünden zu können, wir gäben das Geld der anderen aus und dass wir keine Arbeiterpartei mehr sind.

Liebe Genossinnen und Genossen

Zum Schluss ein persönlicher Gedanke: Ich wünschte mir als Nationalrätin genauso viele Mails mit Forderungen gegen die Unterdrückung und Folter zu erhalten wenn es um die Rechte von Menschen mit Behinderungen geht. 1.8 Menschen mit Behinderungen leben in der Schweiz. Seit Jahrzehnten sind sie verfassungswidrig echten Einschränkungen und gelebter Unterdrückung ausgesetzt. Da ist J., die niemand anhören will, weil sie keine Lautsprache hat, also nonverbal ist, aber mit Unterstützer Kommunikation mitreden könnte. Die IV wollte den Talker der 2500 Fr. kostet entgegen dem von der IV selber bestimmten Gutachter nicht bezahlen. Das Bundesgericht hat nun für J. entschieden. Da ist R. mit seiner schweren körperlichen Behinderung. Kopfzerbrechen bereitet ihm aber nicht sein Lieblingsbuch Goethes Faust, sondern die Fahrt vom Heim ins Theater am Rigiblick wo Faust aufgeführt wird. Er kann nicht mit ÖV reisen. Mit seiner kleinen Rente kann er sich mit dem Spezialtaxi nur die Hinfahrt leisten.

Da ist C. ein Autist, der eine Attest hat, keine Maske tragen zu müssen und sich damit aus Angst vor Gewalt nicht auf die Strasse traut.

Wenn diese Leute von Folter und Unterdrückung reden, dann kann ich das verstehen und kämpfe mit ihnen für ihre Rechte. Und alle die mich jetzt eine Sozialromantikerin schimpfen, die nenne ich von nun an Solidaritätsbetrüger!

Einer Postete mir gelassen:

Absolut richtig! Seit gestern Montag bin ich wieder d'accord. Ihre Intervention kam aber 12:00, eher 12:01 Uhr. Egal, jetzt ist für mich gut. Nun müssen wir das alle wirklich konsequent umsetzen. Und bitte denken Sie an die Kultur. Wenn ein Marco Rima oder Andreas Thiel frustriert sind; ok. Es darf aber kein Gölä, Luca Hänni, Dieter Meier oder eine Beatrice Egli mehr dazukommen. Sonst könnte die Stimmung kippen!

Wir sind heute hier und tragen Sorge zueinander! Tragt die Maske, haltet Abstand und diskutiert mit. Und nehmen wir es doch mit Humor: Der Bundesrat hat gesagt: es sei 5 vor 12..gut dass am Sonntag die Uhren um eine Stunde zurückgestellt werden, so haben wir noch Zeit, verpasstes nun endlich ganz zu unterlassen. (Applaus)

2. Bestellung der Stimmenzähler/innen

Tischreihe 1: Aline Leimann, Luterbach
Tischreihe 2: Rita Lanz Hasenfratz, Olten
Tischreihe 3: Matthias Hammer, Solothurn
Tischreihe 4: Stefan Hug, Zuchwil

Die Stimmenzählerinnen und Stimmenzähler werden mit Akklamation gewählt

3. Genehmigung der Geschäftsliste

Beschluss: Die Geschäftsliste für den Parteitag vom 21. Oktober 2020 wird einstimmig genehmigt

4. Genehmigung Protokoll

Beschluss: Das Protokoll vom 19. August 2020 in Oensingen wird einstimmig genehmigt und verdankt.

5. Kantonale Vorlage für die Abstimmung vom 29. November 2020

1. «Änderung Gesetz über die Kantonspolizei»
Zur Vorlage: **Susanne Schaffner**, Regierungsrätin
Pro: **Nadine Vögeli**, Kantonsrätin SP
Kontra: **Simon Gomm**, Kantonsrat junge SP
Moderation: **Balz Bruder**, Chefredaktor az Solothurner Zeitung
Diskussion und Parolenfassung

Susanne Schaffner, Regierungsrätin und Polizeidirektorin

Liebe Genoss*innen und Gäste. Es freut mich dass ich euch die Gesetzesänderung erläutern darf und warum man am 29. November Ja zur Gesetzesänderung sagen soll. Auch der Kantonsrat hat der Vorlage mit wenigen Gegenstimmen zugestimmt. Ich möchte vorwegnehmen, dass es zwei Referenden gegeben hat. Das eine gegen das Gesetz und das andere gegen den Gebührentarif. Das zweite kam nicht zustande. Darin enthalten sind mögliche Kostenabwälzungen der Polizei von Aufwendungen bei oder nach unbewilligten Demonstrationen. Dies bedeutet, dass wir über diese vom Kantonsrat so gewollte Bestimmung nicht abstimmen. Falls jemand das Gesetz wegen dem neuen Gebührentarif ablehnt, kann jetzt also getrost zustimmen, denn diese Frage stellt sich nicht mehr. Die Anpassungen im Polizeigesetz haben verschiedene Gründe. Erstens infolge Änderungen der bundesrechtlichen Vorschriften, zum Beispiel dass die Polizeiausbildung neu zwei statt nur ein Jahr dauert. Das Aufgabengebiet der polizeilichen Assistenten haben wir auch aus Kosten- und Effizienzgründen massvoll erweitert. Die Mitarbeitenden der Polizei können sich so um eigentliche Polizeiaufgaben kümmern. Dann gibt es einen 2. Teil der Anpassungen und da geht es um die zeitgemässe Instrumente von der Polizei zur Verhinderung von Straftaten. Die gibt es teils schon im Polizeigesetz, und zum Teil haben wir sie angepasst oder neu hinzugefügt.

Gegen diese Bestimmungen wurde von verschiedensten Seiten das Referendum ergriffen. Dies aus teils ganz unterschiedlichen Gründen.



Diese Dinge wurden neu geregelt:

1. Gründe für Vorladungen und Vorführungen, die im Gesetz geregelt wurden, die man jetzt ein bisschen effizienter gegen Menschen einsetzen kann, die sich nicht an die Regeln halten. Beispiel: jemand wird vorgeladen auf das Polizeirevier, und erscheint da aus irgendeinem Grund nicht, darf die Polizei eingreifen und sie oder ihn mit dem Streifenwagen aufs Revier mitnehmen. Dieser Eingriff ist bestimmt nicht gross, hilft aber der Polizei massiv bei ihrer Arbeit.
2. Der Einsatz von Drohnen wird gesetzlich geregelt, da gibt es zwei neue Bestimmungen. Die erste ist, dass die Polizei statt am Boden zu Filmen auch mit einer Drohne filmen darf. In anderen Kantonen ist das gar nicht geregelt, da heisst es Filmen ist Filmen ob mit einer Drohne oder einer Kamera ist das gleiche. Die andere Bestimmung ist, dass man an einem Tatort, sei es Brand, einen Unfall oder ein anders Ereignis mit einer Drohne filmen darf.
3. Der elektronische Datenaustausch wird geregelt, das ist eine Bestimmung die eigentlich keine Diskussionen auslöste.
4. Die automatisierte Fahrzeugfahndung. Das ist ein Instrument für die Polizei damit sie effizienter arbeiten kann. Das ist dasselbe, wie wenn zwei Polizisten am Strassenrand nach einem bestimmten Auto oder Fahrzeugnummer fahnden. Genau dies würde jetzt dieses mobile Gerät übernehmen.
5. Die verdeckte Fahndung. Dies ist einer der umstrittensten Eingriffen, den wir in diesem Gesetz regeln wollen. Solothurn ist einer der letzten Kantone, der dies einführen möchte, respektive gesetzlich regeln will. Wenn man sich im Internet mit einem falschen Namen einloggt, sich z.B. als Anna14 ausgibt, mit einem verdächtigen Pädophilen schreibt, mit ihm ein Treffen vereinbart und ihn dann festnimmt. So geht verdeckte Fahndung. Das ist kein schwerer Eingriff.

6. Die ebenfalls umstrittene Vorermittlung zur Verhinderung von Straftaten ist bereits im Polizeigesetz geregelt. Was aber jetzt noch nicht möglich ist, in privaten Räumen und Clubs zu ermitteln. Mit konkreten Anhaltspunkten und richterlicher Genehmigung soll es möglich werden verdeckt geplante Verbrechen aufzudecken oder im besten Fall verhindern zu können. Damit könnte auch viel Leid verhindert werden.

Bei allen Instrumenten geht es darum, potenzielle Verbrechen zu verhindern. In der ganzen Diskussion rund um das neue Gesetz werden häufig zwei Sachen verwechselt. Die Polizei hat zwei Aufgabenbereiche. Ihre Hauptaufgabe ist Straftaten verhindern zu können und Sicherheit zu gewähren. Dies ist der Kern dieser Gesetzesänderung. Die Bevölkerung erwartet, dass Gefahren abgewendet werden können, Sicherheit gewährleistet werden kann und Straftaten verhindert werden. Als ehemalige Anwältin weiss ich, dass jedes Opfer, das verhindert werden kann, auch immense Kosten spart. Wir machen mit diesem Gesetz nichts aussergewöhnliches, wir passen uns an und modernisieren die Instrumente, damit auch unsere Polizei so arbeiten kann wie in allen anderen Kantonen. Die andere Aufgabe der Polizei ist die Strafverfolgung nach einer erfolgten Tat. Da werden im Auftrag der Staatsanwaltschaft bei einem Verdacht die gleichen Instrumente angewendet (Fahndung, Ermittlung). Der Unterschied liegt darin, dass die Tat bereits erfolgt ist und ein Verdacht vorliegt.

Die zur Diskussion stehenden Massnahmen sind angemessen, rechtsstaatlich und subsidiär. Für uns als Kanton sind diese Voraussetzungen ganz wichtig. Auch gehen wir bei den Einschränkungen weiter als andere Kantone. Wir haben Löschungspflichten und die Datenschutzbeauftragte kontrolliert diese jährlich. Als Kantonsrätin habe ich im Jahr 2014 verlangt, dass man bei der Einführung der verdeckten Vorermittlung diese Pflicht reinnimmt. Damals wurde ich noch ausgelacht von denjenigen, die heute das Gesetz bekämpfen. Und ich habe auch jetzt darauf bestanden, die Löschungspflichten nicht zu streichen. Als Polizeidirektorin bin ich auch immer wieder an Konferenzen und treffe andere Regierungsrät*innen mit einem ähnlichen Aufgabenbereich und auch Kommandant*innen. Ich kann euch sagen, die Solothurner Polizei hat in allen Landesteilen einen sehr guten Ruf, handelt verhältnismässig und mit Augenmass.

Gerne möchte ich euch ans Herz legen, gebt auch unserer Polizei diese Instrumente und sagt ja zu diesem modernen, verhältnismässigen und bürgerfreundlichen Polizeigesetz. Vielen Dank. (Applaus)

Podium mit:

Pro: **Nadine Vögeli**, Kantonsrätin SP

Kontra: **Simon Gomm**, Kantonsrat junge SP

Moderation: **Balz Bruder**, Chefredaktor az Solothurner Zeitung

Anmerkung: Aufgrund der schlechten Akustik hatte die Aufnahme eine schlechte Qualität, so dass das Gesagte nicht protokolliert werden konnte.

Beschluss:

Die Delegierten haben mit 43 : 15 Stimmen, bei 1 Enthaltung die JA-Parole beschlossen.



Balz Bruder moderiert das Podium zwischen Nadine Vögeli und Simon Gomm

6. Nationale Vorlagen für die Abstimmung vom 29. November 2020

1. Volksinitiative vom 10. Oktober 2016 «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Menschen und Umwelt» (Konzernverantwortungsinitiative KVI).

Pro: Daniel Hitzig, Verantwortlicher für Medien und Kommunikation von Alliance Sud, Mitinitiantin der KVI
Diskussion und Parolenfassung

Kurz über mich, ich bin Daniel Hitzig, parteilos, seit 7 Jahre Medienverantwortlicher, seit 2011 bei «Recht ohne Grenzen»

Geschätzte Damen und Herren

Ich habe mich sehr über die Einladung gefreut. Leider habe ich heute keinen Gegner, was ein gutes Training gewesen wäre, um nächsten Monat gegen Ruedi Noser gut vorbereitet zu sein. Ich nehme an sie kennen die Konzern Verantwortungsinitiative recht gut. Wie ich mich erinnere gab es keine Initiative, die so lange diskutiert wurde. Was das Besondere ist, es ist das erste Mal dass so was aus der zivilen Gesellschaft herauskam, es waren mittlerweile 130 verschiedene nicht Regierungsorganisationen, die aus den verschiedensten Bereichen kamen. Jetzt ist der Moment da, wo wir die Unterstützung von Parteien brauchen. Die SP, die Grünliberalen und die BDP haben bereits die ja Parole beschlossen. Die CVP ist dagegen, ohne dass sie einen internen Gegner auftreten liessen. Sogar die SVP des Kanton Unterwallis unterstützt die Initiative. Also wenn man das sieht, sieht man, dass es kein links radikales Anliegen ist, wie es die

SVP darstellte. Wir und die die SP sind der Meinung, dass die Initiative angenommen werden muss Die erste Umfrage war letzte Woche mit etwa 13 000 Menschen, anders als bei unseren Umfragen, sind es nur noch 48 Prozent die sicher ja stimmen. Es wäre eine Sensation, wenn wir diese Initiative gewinnen würden.

Der Referent erklärt die Initiative, begründet die Verfassungsänderung, deren Notwendigkeit und zerpflückt die Argumente der Gegner. Er legt Wert darauf zu betonen, dass normale KMU's von der Initiative nicht betroffen sind. (Applaus)

Beschluss:

Die Delegierten beschliessen einstimmig die JA-Parole beschlossen. (Applaus)

2. Volksinitiative vom 21. Juni 2018 «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» (Kriegsgeschäfte-Initiative)
Pro: Franziska Roth, Nationalrätin SP
Diskussion und Parolenfassung

Bei der Vorlage über die Kriegs Geschäft Initiative geht es um die Glaubwürdigkeit und die Würde der Schweiz im Kampf gegen tödliche Kriegsgeschäfte. Unser Land nennt sich neutral, investiert aber pro Kopf über 1000 Dollar pro Jahr in die Atomwaffenproduktion. Nur die USA investiert mehr. Und wenn unser Geld die Konflikte anheizt, die wir im Namen der Neutralität mit diplomatischen Lösungen bekämpfen wollen, ist das ein massiver Widerspruch. Ich will sagen, im Kriegsmaterial Gesetz heisst es immer, sei diese Forderung schon enthalten, stimmt, das kennt ein Verbot von der direkten und indirekten Finanzierung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen, sowie von Antipersonenmienen und Streu-Munition. Diese Bestimmungen aber, die sind so gross, die haben riesige Lücken, dass dieses Gesetz einen zahnlosen Tiger ist und die Banken und Pensionskassen wissen diese Strukturen umzugehen und können das auch. Das beweist das wir jährlich 9 Milliarden CHF in Konzernen investierten von Schweizer Finanzinstitut die Massenvernichtungswaffen herstellen. Deine und meine Renten Gelder werden in US-amerikanischen Rüstungskonzernen angelegt und ermöglichen damit, dass weltweit Personen getötet, verstümmelt oder gefährlich bedroht werden. Darum, der Schweizer Finanzplatz muss transparenter werden. Und es kann sogar einen grossen Vorteil haben. Studien besagen, dass sich nachhaltiges Investieren lohnt. Hätten die Schweizer Pensionskassen vor einem Jahr in einzig nachhaltige Anlagen investiert hätten, wäre das Pensionskassenvermögen heute um 9 Milliarden höher. Ich persönlich stehe voll und ganz hinter dieser Initiative.

Beschluss:

Die Delegierten beschliessen einstimmig die JA-Parole beschlossen. (Applaus)

7. Kantons- und Regierungsratswahlen vom 7. März 2021

- ▶ **Referat von Franziska Roth zu den kantonalen Wahlen 2021**
- ▶ **Vorstellung Campaigner: Fabian Müller und Niels Kruse**
- ▶ **Referat von Susanne Schaffner, Regierungsrätin**
- ▶ **Nomination für die Regierungsratswahlen 2021**

Franziska Roth:

Liebe Genossinnen und Genossen

Ich weiss, was letzte Woche im Aargau vor dem Hintergrund der Abstimmung am 27. September passiert ist, beschäftigt mich. Die SP verliert 4 Sitze die Grünen und GLP legen insgesamt 10 Am 27. September verwirft der Aargau das kantonale Energiegesetzvorlage.

Man wählt Grün und verneint Klimaschutz? Die SP verliert im Oktober wie gesagt 4 Sitze aber gewinnt klar im Alleingang im September 2 Vorlagen Referenden Jets und Kinderabzug.

Liebe Genossinnen und Genossen, was mich wirklich beschäftigt ist nicht der Sitzverlust der SP und der Gewinn der Grünen, sondern die Tatsache, dass man bei Wahlen eine Stimmbeteiligung von etwas mehr als 30% hat. Aber wenn es um Themen geht, die Solidarität und Gerechtigkeit fordern, dann sind es knappe 60%. Unsere Politik ist richtig. Unsere Politik mobilisiert. Dazu müssen wir selbstbewusst stehen.

Unser Ziel ist also mobilisieren.

Dabei hilft uns die Starke Arbeit die bis jetzt von unserer Regierungsrätin und unseren Kantonsräten gemacht wurde und auch die Tatsache, wir schweizweit im Verhältnis zur Einwohnerzahl mitgliedermässig mit grossem Abstand die stärkste Kantonalsektion sind. Seit dem 1. Januar gewinnen wir im Durchschnitt alle 3 Tage ein Neumitglied. Bis heute 102 Neumitglieder, ausgetreten sind 35 (inkl. Todesfälle)

Kurz gesagt: Bei uns ist sehr viel Potential drin, gerade weil wir sehr viele Mitglieder haben und auch neue gewinnen. Um dieses Potential zu realisieren, brauchen wir neben genug Campaigner-Ressourcen.

Für eine potentielle Basiskampagne 2020 Solothurn

Sehr gute Einbindung der KandidatInnen (es werden ja ziemlich viele sein) Fokus auf Strukturaufbau/Unterstützung für unsere Sektionslandschaft. Wir müssen versuchen eine Kampagne zu planen, durch die wir in den eher eingeschlafenen Sektionen zu neuen potentiellen engagierten kommen und das ganze so aufbauen, dass uns diese auch längerfristig erhalten bleiben...

Die Telefonaktion ersetzt KEINE Standaktion, kein Podium oder Vereinsstammtisch und vor allem ersetzt sie keine inhaltliche Botschaft.

Und die Basiskampagne ersetzt nicht unsere Wirkung die wir zu erzielen haben wenn wir während dem Wahlkampf politisieren.

Wir müssen also eigene Position beziehen und nicht GEGEN die anderen wettern. Inhaltlich liegt in unserem Kanton viel Arbeit vor uns. Kampfrhetorik auf der einen Seite ist gut aber Dialog mit den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ist besser. Wer das Gegenüber ernst nimmt und Verständnis zeigt für eine gegenteilige Meinung, muss nicht zwangsläufig einverstanden sein mit der Partnermeinung. Dabei lassen wir wenn immer möglich die anderen Parteien nicht in unseren Wortschatz einfließen. Wir müssen nicht sagen, was sie falsch machen sondern aufzeigen was wir richtig machen.

Die Praxis bestätigt es mehrfach: Wer das "DU" als Mensch achtet, und andererseits auf der Sachebene deutlich macht, dass er nicht einverstanden ist mit dem gehörten Gedanken; der hat letztlich mehr Erfolg, als jene Person, die sich mit den angepriesenen hinterhältigen 'Waffen' wie schlecht reden, heruntermachen oder Intrige durchzusetzen trachtet.

Wir müssen in meinen Augen im Wahlkampf bewusst zwei Ebenen gekonnt vermischen: Die Beziehungs- und Sachebene. Vereinfacht gesagt: Auf der Beziehungsebene: Weich - aber auf der Sachebene: Hart. Logisch sollen Emotionen selbstverständlich nicht ausgeklammert werden. Dass Gefühle stets mit dem Inhalt der Aussage und der Person übereinstimmen müssen, ist etwas vom Wichtigsten. Wir müssen nicht nur in die Opposition gegen die bürgerliche Mehrheit gehen und mit Referenden das Erreichte erhalten, sondern wir müssen aufzeigen dass wir Ideen haben. Wir müssen zeigen, dass wir nicht bloss Idealistinnen und Idealisten sind, sondern auch Realisten. Darum müssen wir den Mut haben uns intern zu allen Themen zu äussern.

Wir müssen zeigen, dass wir wissen: Den klassischen Arbeiter, den Eisenwerker in der von Roll, den Papiermacher in der Papieri, den Weber in der Schölller, den Uhrenbützer in der Lanco und den Telefonfertiger in der Autofon, die alle gibt es nicht mehr. Wir leben mehr denn je in einer Dienstleistungsgesellschaft und die Leute unterscheiden nicht mehr zwischen rechts und links, eher zwischen Zalando und Sarenza. Und trotzdem, oder gerade deswegen, unsere Gesellschaft kommt nicht darum herum, die Arbeit so zu verteilen, dass alle etwas zu tun haben – und dabei auch noch etwas Geld verdienen, damit sie konsumieren können. Letztlich war es ja immer der Konsum, der die Industrie befeuerte und den Wohlstand erhöhte – auch bei den Bützern. Ohne Konsum gibt es keine Arbeit und ohne Arbeit kein Einkommen!

Liebe Genossinnen und Genossen, macht mit, es braucht alle. Nehmt die letzte Abstimmung als Zeichen, dass wir bei den Leuten sind..60% als Ziel nehmen ist seit dem 27.9.20 keine Illusion mehr.

Fabian Müller und Niels Kruse (Campaigner) stellen die Basiskampagne vor.

Warum Basiskampagne? Was ist Basiskampagne?

Eigentlich geht es darum, wie es der Name sagt, die Basis zu Motivieren. Mitzumachen bei diesem Wahlkampf, Mitzumachen unsere Wähler und Wählerinnen zu mobilisieren. Wie wir hörten, sind 30 Prozent Wähleranteil im Kanton Aargau nicht viel. Wir müssen unsere Wähler, die SP und die grünen Wähler motivieren. Und das ist die Zielsetzung der Basiskampagne. Die klassischen Mittel, Inserat, Plakate, die machen wir. Die machen wir schon immer. Als Ergänzung wollen wir die Telefonaktion organisieren. Ganz wichtig, bei diesen Telefonaktionen, die sind Corona tauglich. Wir wissen nicht, wie dies alles im Februar aussehen wird. Können wir auf die Strassen? Wie können wir auf die Strassen? Dies ist unschlüssig und bei jedermann unwissend. Aber das wichtigste ist, mit dieser Telefonaktion können wir mit den Menschen reden, wir können sie überzeugen und ihre Meinung anhören.

Wir brauchen dich, wir brauchen euch, die SP braucht euch, helft mit. (Applaus)



Niels Kruse und Fabian Müller



Susanne Schaffner, Regierungsrätin

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste

Ich kann es kaum glauben, dass es schon vier Jahre her ist, seit ich da in dieser Halle vor euch gestanden bin und um eure Unterstützung für die Regierungswahlen geworben habe. Nicht nur, weil sich bis zum heutigen Tag für uns alle so ziemlich viel, in einer recht hohen Kadenz verändert hat. Sondern auch, weil in meinem Departement und im Regierungsrat viel gearbeitet und vieles entschieden worden ist. Bereits vor Corona und erst recht seit Corona kann ich weder über Arbeit noch über tägliche Herausforderungen klagen.

Die Aufgaben, wo ich als Regierungsratsmitglied und Vorsteherin vom Departement vom Innern bis jetzt habe bewältigen, steuern und initiieren dürfen, sind überaus vielfältig, wahnsinnig spannend und fordern mich jeden Tag. Ich möchte keinen Tag missen und mache meine Arbeit mit Herzblut und Freude.

Das hängt auch damit zusammen, dass sich die Arbeit in meinem Departement um Menschen dreht. **Gesundheit, Soziales, Migration, Justizvollzug und Polizei: Überall stehen menschliche Schicksale im Zentrum.** Aber auch verschiedenste Ansprüche und Erwartungen treffen aufeinander. Zielkonflikte sind unausweichlich und können nicht immer zur Zufriedenheit von allen gelöst werden.

In meinem Departement, aber auch im Regierungsrat versuche ich nach bestem Wissen und Gewissen einen guten Job zu machen, Verantwortung wahrzunehmen und mit den Ressourcen, wo ich politisch zugesprochen erhalte und im Rahmen von den Zielen und Aufträgen, wo ich mir im Departement gesetzt habe resp. wo zum Teil auch vom Kantonsrat vorgegeben werden, das Beste für unsere Bevölkerung zu machen. Im Wissen, dass die tägliche Knochenarbeit, dass die täglichen Diskussionen, Gespräche, Entscheide, das Entgegennehmen und Ernstnehmen von Bürgerinnen und Bürgern, der Umgang mit den Gemeinden, den Verbänden, den persönlich Betroffenen in einer Zeit, wo vor allem der mediale Skandal bewirtschaftet wird, kaum entsprechend wahrgenommen, geschweige denn gewürdigt wird. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Ämtern vom DDI, das kann ich Euch allen versichern, versuchen Probleme und Anliegen soweit wie möglich zu lösen und Ziele zu erreichen. Aber: das gelingt wie gesagt nicht immer gleich gut, die Lösung, wo alle zufrieden sind, gibt es leider nicht immer.

Neben dem Tagesgeschäft haben wir im DDI in den vergangenen mehr als 3 Jahren einige zentrale Verbesserungen für die Menschen im Kanton Solothurn erreichen können, das bedeutet auch, dass ich gesundheits- und sozialpolitische Anliegen wie auch Verbesserungen in den Bereichen Prävention und Sicherheit sowohl im Regierungsrat wie auch im Kantonsrat erfolgreich vertreten können. Darauf bin ich stolz. Die Umsetzung gehört zum Tagesgeschäft und ich freue mich jeden Tag, an der engagierten und wertvollen Arbeit, wo in meinem Departement geleistet wird.

Seit Februar stellt die Epidemie eine grosse Herausforderung für das Gesundheitswesen und für die Verwaltung dar. Wir haben unzählige Verfügungen, Merkblätter verfasst, Gespräche, Sitzungen, Telefonische Beratungen, Webinare etc. durchgeführt. Ich stelle fest, in **einer solchen Krise ist es das wichtigste, Informationen rasch und verständlich zu vermitteln.**

Ich erlaube mir eine Auswahl von dem aufzuzählen, was in dieser Legislatur im DDI so geleistet worden ist.

- **Änderung Gesundheitsgesetz** mit Verbesserung PatientInnenrechte
- **Palliativecare-Konzept** und Umsetzung im Kanton
- Krebsregister, **Mammografie Screening**
- **Förderung Hausarztmedizin...** Praxisassistenzmodell ausgebaut

- **Restkostenfinanzierung ambulante Pflege seit 2019 gesetzlich geregelt.** Also gegen alle Unkenrufe auch für die Freischaffenden Pflegefachfrauen
- das wichtigste Geschäft von der Legislatur, trotz verschiedener Widerstände zum Erfolg gebracht: **Die Aufgaben und Kostenentflechtung zwischen Gemeinden und Kanton in den Bereichen Alter und Behinderung...** da der Kanton nun im Bereich Behinderung vollumfänglich zuständig ist, ist es möglich Anliegen der UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen
- Prämienverbilligung: **Verlustscheine entkoppelt** und mehr Mittel für die effektive Prämienverbilligung frei gemacht; **schwarze Liste** abgeschafft... **i.S. Prämienverbilligung sind mir weitere Verbesserungen ein grosses Anliegen...** hier zu investieren heisst, mit wenig Mitteln grosse Wirkung zu erzielen
- **familienergänzende Kinderbetreuung** in den Gemeinden besser verankert...hier muss in nächster Zeit... Corona hat's nochmals vor Augen geführt... **gesicherte Finanzierung des Angebotes ist das nächste Ziel...** das Betreuungsangebot soll für alle erschwinglich sein
- **Gewaltpräventionsprogramm** verabschiedet, Massnahmen zur Umsetzung der Istanbul Konvention installiert
- **Beratungsstelle Gewalt** als Pilotprojekt seit Herbst 19 und def. mit Revision des JustizvollzugG verankert
- **Integration als sozialpolitische Aufgabe und migrationsrechtlichen Auftrag** nehmen wir ernst. In Zusammenarbeit mit Gemeinden und allenn betroffenen Departementen das **integrale Integrationsmodell** entwickelt... wird nächstens vom RR verabschiedet. Das heisst: **Integration von allen Integrationsbedürftigen unabhängig von Status und Nationalität in den Regelstrukturen .**
- es wäre noch vieles mehr... Gesetze wie das Swisslosfondsgesetz oder die Revision des Justizvollzugsgesetz oder eben die Änderung des Polizeigesetz zu erwähnen, welche alle auch in dieser Legislatur erfolgt sind...

Die **gesundheits- und sozialpolitischen Erfolge** vor allem auch im Kantonsrat in den vergangenen drei einhalb Jahre zeigen, **dass der Dialog im Regierungs- und Kantonsrat gelingt** und die sozialdemokratische Politik im Kanton Solothurn Früchte trägt, trotz unserer Position als Minderheit in der Regierung und auch im Kantonsrat. Darauf können wir stolz sein.

Auch die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheitssystem ist, wie wichtig ein Sozialsystem ist, dass ein Auffangnetz in schwierigen Zeiten bieten kann und wie wichtig eine funktionierende Verwaltung ist.

Wir müssen deshalb Sorge tragen zu unserem Staatswesen und auch zu den finanziellen Mitteln. Die STAF und die Steuerausfälle als Folge von der Corona Krise werden den Finanzhaushalt belasten in den nächsten Jahren. Wenn die Mittel knapp werden, sind es die Leistungen in meinem Departement, wo zur Diskussion gestellt werden

Es braucht eine starke Vertretung in der Regierung, aber noch mehr braucht es einen Kantonsrat mit ganz vielen SP VertreterInnen, damit wir uns für eine soziale, faire und ökologische Zukunft auch im Kanton Solothurn einsetzen können.

Herzlichen Dank für eure Unterstützung. Ich freue mich weiterhin als eure Regierungsrätin und als Regierungsrätin für die Bevölkerung von unserem Kanton, mich mit voller Kraft für alle, statt für wenige einzusetzen. (Applaus)

Nomination für die Regierungswahlen vom 7. März 2021

Es gibt keine Saalkandidaturen.

Beschluss:

Die Delegierten nominieren Susanne Schaffner einstimmig als Kandidatin für den Regierungsrat für die Erneuerungswahlen vom 7. März 2021. (langer Applaus)



Kantonsrat Simon Gomm, Kantonsrätin Nadine Vögeli, Regierungsrätin Susanne Schaffner und Parteipräsidentin Franziska Roth

8. Varia

Keine weitere Wortbegehren

Bleibt gesund gute Heimreise und danke fürs Kommen. Der Parteitag ist geschlossen. (Applaus)

Für das Protokoll:

Niklaus Wepfer, 8. Januar 2021